

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz
Ausgabe vom 6. Februar 2021



VLW drängt auf Konkretisierung: Ministerium schafft Klarheit zur Aufhebung der Präsenzpflcht Studienseminare: Verlängerter Lockdown führt zu erheblicher Verunsicherung für die Prüfungen zum 2. Staatsexamen

Bitte beteiligen: Wissenschaftliche Umfrage des BvLB zum digitalen Unterrichten an BBSn

Nach wiederholtem Nachfragen durch den VLW hat die Fachabteilung 4A des Ministeriums in einem schulspezifischen Schreiben an die Schulleitungen der BBSn das **Vorgehen während des verlängerten Lockdowns** konkretisiert. Unter anderem wird darin klargestellt, dass für Schülerinnen und Schüler (SuS) in denjenigen Abschlussklassen, in denen optional Präsenzunterricht angeboten wird, die Präsenzpflcht aufgehoben ist. Dies bedeutet, dass den SuS, die nicht am Präsenzunterricht teilnehmen, stattdessen ein Online-Angebot zu unterbreiten ist. Sie dürfen nicht als „fehlend“ geführt werden. Der VLW kritisiert die erheblichen Zusatzbelastungen für die betroffenen Lehrkräfte, die damit einhergehen, wenn SuS den Präsenzunterricht coronabedingt nicht besuchen können (z. B. wegen Quarantäne) oder wollen (z. B. wegen vulnerabler Angehöriger).

Falls Sie das genannte Schreiben nicht kennen, können Sie es gerne unter info@vlw-rlp.de anfordern.

Die drohende Verlängerung des Lockdowns über den 14. Februar hinaus führt zu erheblicher Verunsicherung in den Studienseminaren im Hinblick auf die vor den Osterferien angesetzten Examensprüfungen. **Aufgrund fehlender Planungssicherheit müssen sich die Anwärterinnen und Anwärter auf verschiedene Szenarien vorbereiten.** Zwar liegt beim Landesprüfungsamt eine fertige Verordnung, die im Falle der Verlängerung des Lockdowns regelt, dass die Präsenzprüfung durch eine theoretische Unterrichtsprüfung ersetzt werden kann. Aber die kurze Vorlaufzeit stellt nicht nur die Absolventen, sondern auch die Prüferinnen und Prüfer vor erhebliche Probleme. Ein Verschieben der Prüfungstermine bei gleichzeitiger Verlängerung des Vorbereitungsdienstes wäre eine mögliche Lösung und könnte dazu dienen, die aufgrund der Schulschließungen zu kurz gekommenen Ausbildungsinhalte und -erfahrungen zu vertiefen. Allerdings stößt dieser Vorschlag nicht bei allen Beteiligten auf Gegenliebe. Die Anwärterinnen und Anwärter wollen ihren Vorbereitungsdienst endlich, so wie geplant, zu Ende bringen können. Würde die langjährige Forderung des VLW nach einer deutlichen Erhöhung der Ausbildungsvergütung nicht immer wieder zurückgewiesen, dann wäre die Akzeptanz für einen längeren Vorbereitungsdienst sicherlich höher. **Zudem könnten bei einer Rückkehr zum 24-monatigen Vorbereitungsdienst die Anwärterinnen und Anwärter von einer höheren Qualität der Ausbildung profitieren, während für das Ausbildungspersonal gleichzeitig die Belastungen durch die enge Prüfungstaktung reduziert würden.**

Um Erfahrungen und Perspektiven digitalen Unterrichtens und Entwickelns an beruflichen Schulen geht es bei der von unserem Bundesverband BvLB initiierten wissenschaftlichen Umfrage, die in Zusammenarbeit mit drei Universitäten und einer pädagogischen Hochschule durchgeführt wird.

Damit diese entsprechend repräsentativ ist, bitten wir Sie um Beteiligung. Insbesondere deshalb, weil Länderspezifika in den Blick genommen werden. Diese Umfrage stellt für uns Lehrkräfte eine einmalige Chance dar, den aktuellen Sachstand mit und ohne Corona zu erheben. Die Ergebnisse sollen im Rahmen einer Pressekonferenz medienwirksam vorgestellt und bundesweit bekannt gemacht werden. **Bitte lassen Sie sich durch die Bearbeitungszeit von etwa 30 Minuten nicht abschrecken.** Hier der Link zur Umfrage: <https://ww2.unipark.de/uc/bvlb/>